

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

4.6.1849 (No. 19)

Karlsruher Zeitung.

Organ der provisorischen Regierung.

Montag, 4. Juni.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karls-Friedrichs-Strasse Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Nr. 19.

Amtlicher Theil.

Die dem Bürger Schöffel Sohn früher ertheilte Vollmacht ist erloschen, was hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, daß dessen Befehle weiterhin nicht zu vollziehen sind.
Karlsruhe, den 2. Juni 1849.

Die provisorische Regierung.
L. Brentano.

Der in der Karlsruher Zeitung unterm 13. v. M. vom Landesauschuß veröffentlichte Bericht über das Treffen bei Wendenbach enthält manche Unrichtigkeiten und zwar dadurch, daß der Bericht in Eile auf einige oberflächliche persönliche Mittheilungen hin gegeben wurde. Wir haben den Kriegsmiñister als damaligen Oberkommandanten der Neckararmee beauftragt, einen offiziellen Bericht über das genannte Treffen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, wobei wir jetzt schon bemerken, daß den Dragonern gemachte Vorwürfe in seiner Allgemeinheit unbegründet und sogar erwiesen ist, daß eine Abtheilung Dragoner den Kampf durch einen siegreichen Angriff auf den Feind eröffnet hat.

Karlsruhe, den 3. Juni 1849.
Die provisorische Regierung für Baden.
L. Brentano. J. Peter. A. Goegg. F. Sigel.
Dies.

An freiwilligen patriotischen Beiträgen sind ferner eingegangen:

Transport	1165 fl. 14 kr.
Aus der Gemeinde Einsheim	239 fl. 53 kr.
" " Baden (nachträglich)	9 fl. 54 kr.
" " Marldorf	115 fl. 31 kr.
" " Eggenstein	29 fl. 4 kr.
" " Wolfsach	166 fl. 16 kr.
" " Wolterdingen	22 fl. — kr.
" " Krozingen	150 fl. — kr.
" " Niederharsen	23 fl. — kr.
" " derselben Gemeinde ferner	27 fl. — kr.
Bon Frauen und Jungfrauen in Hüfingen	61 fl. 36 kr.
Bürger Pöschinger in Freiburg aus seinem Privatvermögen (mit der Bestimmung für Kranke und Verwundete)	200 fl. — kr.
Bürger Friedrich Fabel aus Karlsruhe, wohnhaft in Durlach, aus seinem Privatvermögen	1000 fl. — kr.
Zusammen:	3214 fl. 28 kr.

Indem wir dieses hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen, sprechen wir zugleich im Namen des Vaterlandes den hochherzigen Gekern unsern warmsten Dank aus.
Karlsruhe, den 1. Juni 1849.

Für das Finanzministerium
im Namen der provisorischen Regierung:
Goegg.
vdt. Poppen.

Das Ministerium Römer hat sich in der Kammer der Abgeordneten gegen den einstimmigen Volkswillen ausgesprochen: seine Ablehnung der Beschlüsse, die von den Deputirten Württembergs in Neutlingen gefaßt wurden, ist ein Verrath an der deutschen Sache, der Sache der allgemeinen Freiheit; das Volk wird richten über den Verrath, es wird sich treu seinem heiligen Versprechen: Gut und Blut für Durchführung der Verfassung einzusetzen, zum glorreichen Kampfe erheben.
Sobald die Kunde der Erhebung des württembergischen Volks eintrifft, werden alle in Baden befindlichen Württemberger aufgefordert, in ihre Heimath zurückzuehren.
Die Sammelplätze werden bekannt gemacht.
Adolph Mayer.

Die neuerwählte provisorische Regierung.

Am 1. Juni wurde von dem regierenden Landesauschuß eine provisorische Regierung in den Personen der Bürger Brentano, Fidler, Goegg, Peter und Sigel niedergesetzt. Der Beweggrund hierzu lag in der Nothwendigkeit rascher Handlung, welcher nur eine aus wenigen Mitgliedern bestehende Behörde genügen kann. In demselben Maße als die den genannten Männern anvertraute Gewalt, ist ihre Verantwortlichkeit auch groß und umfassend. Die Maßregeln, welche in den nächsten Tagen von der provisorischen Regierung ausgehen, werden, wir hoffen es zuversichtlich, den Beweis liefern, daß die Niedersetzung einer provisorischen Regierung und die Wahl der bezeichneten Männer Maßregeln waren, welche zum Fortkommen unserer Revolution ergriffen wurden. Das Volk erwartet mit Recht, daß alle Verwaltungszweige von einer erhöhten Thätigkeit besetzt werden. Es gilt, die Revolution, welche in den obersten Kreisen der

Staatsverwaltung stattgefunden hat, einzuführen in die verschiedenen Theile des Staatslebens bis herab in die kleinsten Gemeinden und einzeln stehenden Hütten.

Von dem Ministerium der Justiz verlangt das Volk Entfernung aller jener Beamten, welche sich als Werkzeuge zur Unterdrückung der Freiheit und zur Verfolgung vaterlandsliebender Männer gebrauchen ließen, und Vorbereitung einer durchaus einfachen und volksthümlichen Gesetzgebung und Gerichtsorganisation. Die Aufgabe des Ministeriums des Innern wird es seyn, die Verwaltung des Staats zu reinigen von den zahlreichen Polizeimeisnen, welche dafür bezahlt wurden, das Volk unter dem Joche der Knechtschaft zu erhalten. Die Kirche wird es reinigen von jener Schaar habgieriger und herrschgieriger Pfaffen, welche seit Jahren daran arbeiteten, das Volk in die Fesseln des Aberglaubens zu schlagen, und dasselbe von jeder kräftigen Handlung zurückzuführen. Dem Ministerium des Innern liegt es endlich ob, die Schule zu befreien von den Banden des Pfaffenthums, und den Lehrern eine der Wichtigkeit ihres Berufs würdige Stellung einzuräumen.

Das Finanzministerium hat die Mittel zur Führung unseres Befreiungskampfes herbeizuschaffen, ohne dem schwer gedrückten Volke neue Lasten zu bereiten. Seine Aufgabe ist es, dem Volke Erleichterung zu verschaffen, dennoch aber dem Kriegsmiñisterium die erforderlichen Geldkräfte zur Verfügung zu stellen.

Eine sofortige Zurückführung unseres Pensions- und Besoldungswesens auf richtige Grundzüge, Einführung einer, nur die Reichen berührenden progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer, geeignete Veräußerung der Staatsdomänen, Besteuerung der in todter Hand ruhenden Schätze, Ausgabe der schon beschlossenen Papiergelder, — dieses sind die Mittel, mit deren Hilfe das Finanzministerium seiner Aufgabe wird genügen können.

Am schwierigsten ist unzweifelhaft die Stellung des Kriegsmiñisteriums, am großartigsten sind die Anforderungen, welche an dieses gestellt werden. Das Kriegsmiñisterium soll zu gleicher Zeit die oberste Leitung des ausgebrochenen Krieges übernehmen, und das Heer befehlen, mit welchem die verbündeten Fürsten Deutschlands geschlagen werden sollen. Herbeischaffung des Kriegsmaterials für ein Heer von wenigstens 100,000 Mann, Verproviantirung, Kleidung und Organisation desselben sind die Vorarbeiten, welche beendet seyn müssen, bevor der Kampf in seiner ganzen Ausdehnung begonnen haben wird.

Zu diesem Behufe stehen dem Kriegsmiñister die gesammten Kräfte von Baden und der Rheinpfalz, und ein ansehnlicher Theil der Gesamtträfte aller derjenigen Länder der Welt zu Gebote, welche Theil nehmen an dem großen Kampfe der Völkerebefreiung. Besonders wichtig für uns ist es aber, die Streitkräfte der bayerischen Rheinpfalz zu organisiren und mit denjenigen von Baden zu vereinigen. Von allen Seiten bieten sich tüchtige Kräfte an, um Theil zu nehmen an dem großen Freiheitskampfe. Jede dieser Kräfte an ihre rechte Stelle zu setzen, keine ungenützt zu lassen, keine zurückzuweisen, dieses wird mit Recht von dem Leiter unseres Kriegsmiñisteriums verlangt. Ein Mann genügt natürlich nicht, um alle diese Anforderungen zu befriedigen. Neben Sigel arbeitet bereits der einsichtsvolle Meyerhofer. Wir sind begierig zu erfahren, wer außerdem berufen werden wird, an den Arbeiten des Kriegsmiñisteriums Theil zu nehmen.

Als die Gothen vor anderthalb Jahrtausenden siegreich von einem Ende Europa's zum andern zogen, zählten sie nicht so viele streitbare Männer, als das Land Baden besitzt. Zur Seite der badischen Freiheitskämpfer stehen aber die Freiheitskämpfer der ganzen Welt, dießseits und jenseits des Ozeans; Polen und Ungarn, Schweizer und Franzosen bieten den Deutschen brüderlich die Hand. Der Kampf der Badener und Rheinbayeren ist von allen deutschen Freiheitsmännern als der ihrige erkannt. Die provisorische Regierung wird in alle die reichen Kräfte, die sich uns anbieten, Ordnung und geregelte, nachdrucksvolle Thätigkeit zu bringen haben. Sie wird sich nicht stellen auf den beschränkten Standpunkt badischer oder rheinpfälzischer Sonderinteressen, sondern auf den Standpunkt des europäischen Freiheitskampfes. Sie möge sich nicht täuschen über ihre Lage. Das Volk drängt vorwärts, und schiebt zur Seite, wer es hemmt in diesem seinem mächtigen Streben. Wir rufen daher der provisorischen Regierung zu: Vorwärts! vorwärts auf dem eingeschlagenen Wege der Revolution und der Völkerebefreiung!

(H. Karlsruhe, 3. Juni.)

Die Ansichten, die wir in diesem Artikel entwickeln, mögen vielleicht von den allgemein kursirenden abweichen. Es sey dies kein Hinderniß, sondern ein Grund, sie zu prüfen. Die Frankfurter Versammlung soll ihren Sitz nach Stuttgart verlegen oder schon verlegt haben. Es ist nicht gesagt, ob bloß ein Theil sich losgelöst, um in Stuttgart den Grund

zu einer neuen Nationalversammlung zu legen, oder ob die ganze Versammlung, ihre Exekutivgewalt an der Spitze, vollständig von Frankfurt nach Stuttgart übersiedle.

Nehmen wir den ersten Fall, die Uebersiedlung bloß der Linken, an, so könnten wir dadurch keinen andern Zweck erreicht glauben, als den einer persönlichen Sicherung vor der in Frankfurt waltenden Soldateska. Die Gesinnungen des Königs von Württemberg und des Ministeriums Römer, des liberalsten, welches in Stuttgart möglich ist, sind zu bekannt, als daß von ihnen die Frankfurter Linke eine Unterstützung, namentlich im Gegensatz zu der Frankfurter Reichsverweserei, sich sollte versprechen können. Sie würde also in Stuttgart nur reussiren, wenn sie ihre Stütze in dem württembergischen Volk fände; die Bildung dieser Stütze aber würde einen Sturz der württembergischen Regierung voraussetzen lassen.

Nehmen wir nun den zweiten Fall an, daß nämlich das ganze Frankfurter Nationaltheater mit seinem Direktor, dem tyrolischen Reichs-Gemsenjäger, mit seinem Grävel'schen Statisten und mit seinem dem Repertoire, Archiv u. s. w. nach Stuttgart übersiedele. In solchem Fall werden die Folgen zunächst diese seyn:

1) Die Versammlung wird dem Drängen, überhaupt den Einwirkungen des Berliner Kabinetts entzogen, wogegen dieses freieres Spiel erhält, politisch und militärisch am Rhein und in den angränzenden Ländern zu agiren.

2) Die Reichsverweserei aber wird der Mittelpunkt für die zwar anti-preussische, darum aber nicht minder gefährliche Verschwörung der österreichisch-bayrisch-württembergischen Reaktion werden.

Die Reichsverweserei leistet einstweilen den Dienst, daß sie Preußen, mit welchem sie im Interesse der Reaktion so weit wie möglich Hand in Hand geht, im Interesse der österreichischen Dynastie mit lähmender Renitenz entgegenstellt, daß sie deshalb Preußen noch nicht die Zentralgewalt ergreifen läßt, und zwischen Preußen und Süddeutschland unwillkürlich eine Barrikade bildet. Verlegt aber die Reichsverweserei ihren Sitz nach Stuttgart, so wird sie unter dem Schein, daß sie dort das Asyl für die deutsche Verfassung suche, ihre Mittel nur benützen oder benützen lassen, um die Verfassung für Oesterreich, Württemberg, und Bayern zu eskamotiren, wie man sie in Frankfurt für Preußen eskamotirt hat.

Das Volk würde hingehalten werden durch Hoffnungen auf eine Quartierveränderung, und unterdessen fände man Zeit, durch Intriguen, Truppenverschiebungen u. s. w. ihm das Handeln im Augenblicke der neuen Enttäuschung unmöglich zu machen. Oesterreich, welches mit Hilfe der Russen bald wieder auf die Beine zu kommen hofft, würde sich an die Spitze des österreichisch-bayrisch-württembergischen Bundes stellen und mit seinen Horden das neue „Reichsgebiet“ im Zaume halten.

Derartige Berechnungen würde man der Verlegung der Zentralgewalt nach Stuttgart zum Grunde legen müssen. Das Volk könnte Nichts von ihr erwarten, als einen abermaligen Verrath. Deshalb muß das Volk aufgefordert werden, nur von sich selbst Etwas zu hoffen, und in den einzelnen Staaten, zunächst in Württemberg, so zu handeln, wie das badische Volk gehandelt hat. Auf diese Weise bildet sich dann ein Volksbund, der kräftig genug ist, um sowohl die Berechnungen des Reichsverwesers, wie die Berechnungen des Berliner Kabinetts zu Schanden zu machen.

Dieserjenige, die vom Reichsverweser noch Etwas erwarten, mögen sich erinnern, daß dieser Mann, welcher durch die Gemsenjagd und scheinbare Ehrbarkeit eine Art Popularität erlangt hat, in der Schule der raffinsten Reaktionäre erzogen, und stets ein durchtriebenes Werkzeug der Reaktion gewesen ist; sie mögen sich erinnern, daß er durch die Wahl seiner Ministerien, welche vom Beginn an nur aus den Verräthern, den Polizisten und den Komikern der Versammlung rekrutirt wurden, die unzweideutige Absicht ausgesprochen hat, seine Stellung nur gegen die Volksinteressen zu benützen; sie mögen sich erinnern, daß er in Frankfurt keine Gelegenheit hat vorbegehen lassen, die Freiheit zu verrathen, und daß er keine Gelegenheit ergriffen hat, freisheitsfördernden Beschlüssen der Versammlung Geltung zu verschaffen. Glaubt man, dieser Mann werde in Stuttgart, dem Kreuzpunkte der süddeutschen Umtriebe, und in der Nähe seiner österreichischen Inspirateurs, freisinniger handeln, als in Frankfurt, wo er wenigstens durch den preussischen Antagonismus genöthigt wurde, oppositionelle Grimassen zu schneiden?

Möge das württembergische Volk vor diesem Gast auf seiner Hut seyn, und vor allen Dingen sich nicht verleiten lassen, die „Verfassung“ in seinem Lande unter den Schutz auswärtiger „Reichstruppen“ zu stellen, dagegen württembergische Truppen in andere Theile des „Reichs“ zu disloziren! Wir sind durch Erfahrungen klug geworden und wollen sie benützen.

Wäre der Reichsverweser durch nichts Anderes verdächtig,

so würde das Stuttgarter „Volkblatt“, in welchem der Hofliterat Dingelstedt die Intentionen der württembergischen Reaktion mit seinen schwachen Kräften bestens zu unterstützen, d. i. zu verrathen strebt, uns hinlänglich über die Hoffnungen aufklären, welche gewisse Leute an den durchlauchtigen Gemsenjäger knüpfen.

Es gibt für die deutsche Fortentwicklung keinen andern Gang, als diesen: die an Baden angrenzenden Länder folgen seinem Beispiel, und bilden zusammen eine neue Centralgewalt, welcher sich alle weiter hinzutretenden Länder ebenfalls unterordnen. Von Preußen ist nichts zu hoffen, von Oesterreich ist nichts zu hoffen, vom Reichsverweser ist nichts zu hoffen: die einzige Hoffnung liegt im Volke und in der Revolution.

Deutschland.

* **Karlsruhe**, 2. Juni. Die deutsch-ungarische und die deutsch-polnische Legion, die sich im Verlauf der letzten Tage hier gebildet, sind heute nach dem Kriegsschauplatz an der badisch-hessischen Gränze abgezogen.

○ **Rehl**, 30. Mai. Auch in dem hiesigen Bezirk entfaltet die demokratische Partei neuerdings eine sehr erfreuliche Thätigkeit, und die Anordnungen des Landesauschusses werden in Stadt und Land mit lauter Klammation aufgenommen. Die Nähe von Straßburg, das, vor kurzem noch das Asyl republikanischer Flüchtlinge, sich nun in das von unfreiwilligen Gästen wimmelnde Koblenz der monarchischen Emigranten aus der badischen Beamten- und Offizierskaste verwandelt hat, und dessen demokratisch gesinnte Einwohnerschaft die Entwicklung der diesseitigen Bewegung mit der lebhaftesten Sympathie verfolgt, rief in den letzten Tagen einen außerordentlich regen Wechselverkehr über die Gränze hervor, und es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere wackern elsässischen Gesinnungs- und Stammesgenossen, die über die Haltung ihres erbärmlichen napoleonischen Gouvernements längst entrüstet sind, uns, wenn es gilt, gegen die Invasion der preussischen Bajonette ohne Zögern freundschaftlich willkommen heißen werden.

Die landesflüchtigen badischen Offiziere und Zivilmandarine bemühen sich zwar, hier durch Einschmuggeln von Proklamationen u. für die exilirte Landesvaterschaft und ihre eigene Restauration abzuwiegeln, ja Einzelne von ihnen pilgern beinahe täglich nach der Rheinbrücke herüber, um unter den Soldaten der hiesigen Garnison für ihre verlorne Sache Konvertiten zu werben; aber ihre zudringlichen Einschüflerungen sind bis jetzt immer noch an dem gefundenen Sinn unseres Militärs, den es bisher durch die gemessenste Haltung, fern von jedem Excess, ohne Aufhören bekundet hat, gänzlich gescheitert, und es ist bereits Vorsorge getroffen, daß die ehemals gegen flüchtige Republikaner geübte Gränzpolizei nun in dieser Beziehung auch vice versa gegen die flüchtigen monarchischen Wähler streng gehandhabt werde.

Die Bildung des ersten Aufgebots der Volkswehr schreitet in unserer Gegend rasch vorwärts; bereits ist gestern eine Bataillon des Bezirks Kork nach dem Unterland abmarschirt, wo seine musterhafte Haltung und treffliche Ausrüstung gewiß den besten Beweis für den thatkräftigen Patriotismus der hiesigen Demokraten liefern wird, und die übrigen Abtheilungen werden binnen wenigen Tagen in eben so trefflichem Zustande marschfertig seyn. Die Raschheit und Vollständigkeit dieses Resultats verdankt man großentheils der thätigen Leitung des Obersten Bürger F. Doll, der schon aus früherer Zeit durch seine energische Betheiligung an der badischen April- und Septemberbewegung rühmlichst bekannt in seiner jetzigen Eigenschaft als Kommandant von Rehl zugleich mit der Organisation der Volkswehr in dem gesammten Mittelrheingebiet beauftragt ist, und sich diesem unter den verhältnißmäßigen Umständen gewiß eben so wichtigen als schwierigen Geschäfte mit wahrhaft unermüdelicher Ausdauer und sicherm praktischem Takte tagtäglich unterzieht. Bereits hat er außer dem Bezirke Kork das erste Aufgebot von Oberkirch, Dypenau, Renschen und der umliegenden Gegend assentirt, und Gleiches wird unverweilt in Lahr, Offenburg und den übrigen Orten des Kreises geschehen.

Doll nimmt dabei zum Theil das preussische, zum Theil das ungarische Landwehrsystem zum Muster, und seine Bemühungen waren bis jetzt, wie wir uns schon aus eigener Anschauung zu überzeugen Gelegenheit hatten, mit dem glücklichsten Erfolge gekrönt. Die Stimmung ist ausgezeichnet; die jungen Leute, hier durchweg ein kräftiger und intelligenter Menschenschlag, stellen sich überall mit dem loblichsten Wettstreit und in bedeutender Anzahl, sie exerziren willig unter dem Kommando ihrer selbst gewählten Offiziere, und Alles ruft nach Waffen, die bisher leider nicht in ausreichender Zahl geliefert werden konnten.

○ **Kaiserslautern**, 1. Juni. Die provisorische Regierung fährt rüstig fort, zu organisiren. Unter ihren neuesten Maßregeln ist die Herabsetzung des Salzpreises um 25 % zu erwähnen. Das Oberkommando der Volkswehr führt bekanntlich seit einigen Tagen General Sznayde. Ueber seine energische Thätigkeit herrscht unter Volk und Wehrmannschaft nur Eine Stimme. Seine Tagbefehle tragen das Gepräge großer Umsicht, und sind ganz geeignet, das vollste Vertrauen in seine Führung zu erwecken. Er wird mehrere Lager zusammenziehen, um die neu ausgehobene Mannschaft gleich an die unumgänglich nöthige Disziplin zu gewöhnen. An verschiedenen Orten bieten sich die Frauen zur unentgeltlichen Fertigung von Blousen für die Volkswehr an.

Mehrere der hieher geflüchteten Sachsen durchreisen im Auftrag der Regierung die ganze Pfalz, um überall, wo es nöthig erscheint, Volksversammlungen abzuhalten und das Volk über die wahre Lage der Dinge und das, was zur Rettung des Vaterlandes geschehen muß, aufzuklären. — Immer noch werden reaktionäre Priester und Schullehrer, deren es jedoch im Ganzen nur Wenige gibt, gefänglich hier eingekerkert, meist aber gegen Revers wieder entlassen. Am ersten Pfingsttage lieferten Bewaffnete den ehemaligen Land-

kommissar von Bergzabern, Maillet, einen Mann von großem Reichthum und hohem Ansehen, jetzt aber des Landesverrathes verdächtig, hier ein. Auch er wurde von der provisorischen Regierung nach dreitägiger Haft gegen Revers wieder freigegeben. Die Wachsamkeit der Volkswehr ist außerordentlich. Kein Verdächtiger entgeht ihr.

Sehr gespannt ist man hier auf die Gestaltung der Dinge in Württemberg und auf die Haltung, welche Frankreich den europäischen Verwicklungen gegenüber einnehmen wird. In dem benachbarten Elsaß schlagen die Flammen der Begeisterung für die Sache Badens und der Pfalz immer heller empor. In Kolmar ist ein „demokratischer Ausschuss zur Vertheidigung der Rheingränze“ niedergesetzt worden, und bereits drängt sich die elsässische Jugend scharenweise herbei, um für den Fall, daß Freikorps zur Unterstützung der bedrängten deutschen Brüder gebildet werden sollten, ihre Dienste anzubieten.

Neulich hat in Kolmar eine große Volksversammlung stattgefunden, worin eine Petition an die gesetzgebende Versammlung zu Paris beschloffen wurde, des Inhalts: „Die französische Republik möge die provisorischen Regierungen zu Kaiserslautern und Karlsruhe anerkennen; sie möge die Integrität des Gebietes beider Staaten erklären; sie möge eine Observationsarmee an der Ostgränze aufstellen, um dem badischen und pfälzischen Volke, falls dieses es verlangen würde, zu Hilfe zu eilen; außerdem aber möge sie beide Völker mit Waffen und Munition unterstützen.“ — Rünftigen 3. Juni wird wiederum in Kolmar eine Volksversammlung stattfinden, und die Mitglieder der provisorischen Regierung der Rheinpfalz sind eingeladen, dabei zu erscheinen.

* **Frankfurt**, 30. Mai. Der Bruch zwischen der preussischen Regierung und der Centralgewalt ist nun entschieden. Die erstere erklärt in einer vom 18. d. datirten Note in der dänischen Sache, „die Leitung auch ohne förmliche Uebertragung von Seite der Centralgewalt zu übernehmen“, indem dieselbe nicht länger den Folgen der schwankenden und unsichern Stellung preisgegeben werden könne, in welche die Centralgewalt sich habe hineindrängen lassen. (Durch wen?) Das Ministerium selbst könne sich nicht mehr darüber täuschen, daß die Reichsgewalt faktisch in diesem Augenblicke kein Gewicht mehr in die Schale, weder des Kriegs, noch des Friedens legen könne. Aber auch formell sey sie dies nicht mehr im Stande, da nach dem Gesetz vom 28. Juni v. J. über Konstituierung der Centralgewalt dieselbe über Krieg und Frieden, und über Verträge mit auswärtigen Mächten im Einverständniß mit der Reichsversammlung zu beschließen, diese letztere aber der preussischen Regierung gegenüber keine rechtliche Existenz mehr habe.

Italien und Sizilien.

* **Vom Vodenfer**, 30. Mai. Wir empfangen heute durch kaufmännische Briefe über Marseille die Nachricht, daß in Messina und andern Orten am 22. Mai die weiße bourbonische Fahne mit den Lilien ohne den bisherigen Tricolorstreifen wieder aufgezoogen wurde. Man kritisch begreiflicherweise über diesen Verrath mit den Zähnen, aber was hilft's? Ferdinand II. macht es gerade so, wie sein Großvater traurigen Andenkens. Dieser hatte drei Mal den feierlichsten Eid auf die Konstitution geschworen, und brach sein Wort in einem Handjehreiben aus Caybach. Das sind Fürstenworte und Fürsteneide! Mit der bourbonischen Fahne kehren auch viele betrügerische Beamte nach Sizilien zurück und Alles wird auf die Zustände vom Jahr 1847 zurückgeführt. In Neapel wurde Descairetto von seinen Gendarmen mit Jubel empfangen. Die Bevölkerung aber wogte, Verwünschungen murrend, in den Gassen auf und ab. Mit Hilfe L. Napoleons reicheten sich Neapel und Oesterreich die Hände, und der Despotismus triumphirte! Was sagt das hochherzige französische Volk zu dieser Schmach? Palermo fiel hauptsächlich durch die Intrigen Australands, Oesterreichs und Frankreichs. Die Saat der Uneinigkeit, welche deren Agenten und Helfershelfer säeten, ging rasch und giftig auf. Königlich Truppen rückten am 17. in Palermo ein, ohne jedoch im Stande zu seyn, es zu behaupten, wenn die Sizilianer im Innern (wie es den Anschein hat) sich wieder sammeln und vorrücken. Die sogenannte allgemeine Amnestie des Königs für Sizilien enthält 42 Ausnahmen; es sind die wackersten und thätigsten Menschen, welche verfolgt werden. Neapel wird durch 1000 Feuerschünde in Ruhe gehalten. Die Verhaftungen mehren sich, und man sieht vielen Hinrichtungen entgegen. Bei Belletri wurden die Neapolitaner (incl. Schweizerjöhner) zum dritten Male von Garibaldi geschlagen. Der König telegraphirt Nacht und Tag Verstärkungen aus der Hauptstadt und den Festungen.

Es lief heute die traurige Nachricht vom Fall Malghera's ein. Gebe Gott, daß sie falsch sey!

Frankreich.

○ **Paris**, 31. Mai. Heute wird die Montagne die Angelegenheiten Deutschlands und vornehmlich die badische Frage auf die Tribüne bringen. Wir wissen noch nichts Sicheres aus Rom. Baden und Rom zusammen wird verhängnißvoll für die Royalisten. Sie müssen hier die ganze Schlechtigkeit und Verrätherie gegen die Republik herauskehren, und sie beleidigen die Nation aufs tiefste. Auch bei uns ist die Frage der auswärtigen Angelegenheiten jetzt das Entscheidende. Frankreich wird den Krieg haben angegriffen oder angreifend, und es ist nicht wahrscheinlich, daß diese noble Nation sich noch einmal den Streich von Rom spielen läßt.

† **Paris**, 31. Mai. Die Sitzungen der legislativen Versammlung haben einen erditterten, leidenschaftlichen Charakter. Die Montagne ist viel stärker und viel entschiedener, als sie in der konstituierenden Versammlung war, die Royalisten ihrerseits sind unverschämter als je. Sie haben die Mehrheit, und ohne Scheu besetzen sie alle Bureaus mit Präsidenten aus ihrer Mitte, und unterdrücken die Redner von der Gegenpartei. Die Republikaner sind in der Blause,

die Royalisten in der Uniform erschienen. Ein Banquet Ehren der Bergpartei wurde mit Bajonetten gesprenkelt, die Revolution demagogisch et sociale überschreibt ihren letzten Artikel: „Schließen Sie zuerst, meine Herren Royalisten!“ In den elyseeischen Feldern hörte ich gestern die Reiter ein Konzert kritisiren, welches ihnen zu frivol für das Moment war. „Diese Menschen“, sagte Einer, „singen ihre Triller und ihre Liebeslieder, der Schauspieler trägt die Marschallaise mit Glacehandschuhen vor; diese ganze Wirthschaft ist nichts als der purste Royalismus. Glauben es mir, sie wollen uns über die Entscheidung hinwegtrickeln, aber sie haben die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Kommt, Kameraden, laßt sie zirpen, wir wollen dieses Wesen nicht mit anhören!“ Die italienische Schmach, die royalistische Unverschämtheit, die Bewegung der Preußen an der Gränze und vornehmlich ihre Drohung gegen die Pfalz, alles dies erbittert die Franzosen in der Provinz wie in Paris, im Volk und in der Armee. Bei alledem erhebt das alte Ministerium noch, und was noch ärger ist, die Pflichten des neuen erhalten sogar den Namen Bugeaud und tragen ihn an ihrer Spitze. Ziehen Sie den Schluß aus dieser Lage der Dinge, und Sie werden mir zugeben, daß eine Krisis nicht ausbleiben, daß sie sich aber von Tag zu Tag hinausziehen und den für Deutschland günstigen Augenblick, der ohne Zweifel jetzt gekommen ist, verfehlen kann. Die Lage Deutschlands ist von der Art, daß jeder Moment die Auflösung der preussischen Armee und der Tyrannentum auf sie stößt, bringen kann; in Frankreich herrscht eine Spannung zwischen den Weißen und Rotheln, in der ein entscheidender Kampf zu Gunsten der Rotheln mit Sicherheit voraussehen.

Aber so lange die Entscheidung noch nicht gekommen und die unausbleibliche blutige Lösung noch bevorsteht, darf man keinen Augenblick ungenügt vorüberlassen, um gewinnenden Boden in Deutschland für seine gerechte Sache zu gewinnen. Es ist hier die allgemeine Meinung, daß die Ausbreitung der Bewegung durch entschlossenes Vordringen des badischen Heeres notwendig erfolgen müsse. Das Interesse für die badische und rheinbayrische Bewegung im Elsaß ist ein leidenschaftliches, es ist hier im höchsten Grade angeregt; aber es ist vollständig in das eigene Schicksal der hiesigen Revolution verwickelt, da die jetzige und die bevorstehende Royalisten-Regierung entschieden den Sieg der preussisch-russischen Allianz wünscht, und Alles thun wird, um den Untergang der deutschen wie der französischen Freiheit herbeizuführen. Die Patrie spricht das mit düren Worten aus.

Es ging das Gerücht, vor Rom sey die Feindseligkeit wieder ausgebrochen und Dubinot habe die Stadt genommen. Andere Gerüchte sprechen von einer zweiten Niederlage Dubinot's vor Rom. So viel ist gewiß, daß die Fonds um 5 % gewichen sind. In der zweiten Sitzung der Legislature hat die Tyrannei des Präsidenten eine solche Niederlage der Majorität herbeigeführt, daß diese Hufen vor sich selbst erschrafen und alle mögliche Satisfaction gaben. Die Szene war eine wahre Revolution; Ledru Rollin, dem der Präsident Injurien zurief, als er sprach, führte sie herbei. Die Stadt ist voll davon. Die Bewegung setzt sich in die Maß fort.

† **Paris**, 31. Mai. Heute veröffentlicht der Verein der Verfassungsfreunde im National sein Programm, mit dem er sich thatächlich auf die Seite der Sozialisten stellt. Er verlangt: Unentgeltlichen und obligatorischen Unterricht; professionellen Unterricht. Verbesserung der Lage der Schullehrer. Emanzipation der niederen Geistlichkeit. Demokratische Organisation der Armee. Steuerreform auf der Grundlage der Proportionalität. Demokratische Organisation des Kredit- und Hypothekensystems. Achtung vor dem Besammlungs- und Vereinsrecht. Entwicklung der Arbeiterassoziationen. Errichtung von Versicherungsanstalten für die Arbeiter.

Das Journal Le Peuple, das bereits gegen 47,000 Franken Geldbuße zu bezahlen hat, ist gestern Nachmittag abermals wegen eines Artikels von Proudhon, worin er den gesetzlichen Widerstand für gewisse Eventualitäten predigt, mit Beschlagnahme belegt worden. Proudhon verlangt nämlich im Namen der sozialistischen Partei, welche, wie die Wähler bewiesen haben, ein Drittel von Frankreich für sich hat, sehr energisch die Amnestie und die Aenderung des Charakters der französischen Expedition nach Italien, und sieht in der Nichtgewährung dieses Verlangens einen Fall, wo der gesetzliche Widerstand eintreten muß.

Es sollen bedeutende Bestellungen bei den Lieferanten der Armee gemacht worden seyn, welche auf einen bevorstehenden Feldzug schließen lassen. Es wird versichert, daß in wenigen Tagen bedeutende Truppenbewegungen beginnen werden.

Der provisorischen Regierung verantwortlicher Redakteur:
H. B. Dypenheim.

Abwehr.

Das deutsche Volksblatt vom 2. Juni enthält einen Artikel aus Stuttgart, worin Fickler in Stuttgart verhaftet worden wäre. Als Grund wird dort neben einem andern auch der angeführt, daß die Verhaftung Fickler's auf Angabe von Karlsruhe'ern erfolgt sey.

Wir würden diese Angabe unter andern Umständen stillschweigend als eine gewöhnliche Tageslüge übergehen, sie hat aber in gegenwärtiger Zeit eine andere Bedeutung, nämlich die, eine von gewisser Seite genährte Aufregung gegen die Karlsruhe'er Bürger zu erneuern oder zu vermehren.

Wir halten diese Nachricht für eine niederträchtige Erfindung eines Böswilligen, welcher darauf ausgeht, die hiesige Bürgerschaft als Denunziantin zu verdächtigen, in welcher Eigenschaft sie sich noch niemals gezeigt hat, und nie zeigen wird.

Die Frevoltheit des Verfässers und die Bestalligkeit des darin bezeichneten Gerüchtes erhebt aus dem ersten Ueberblick. Von welcher Beschaffenheit, fragen wir, ist die angebliche Angabe der Karlsruhe'er Bürger, und läßt es sich denken, daß auf eine bloße Angabe die Verhaftung erfolgt?

Demjenigen, der erwidert Karlsruhe'er Bürger als Angeber namhaft macht, sichern wir eine Belohnung von 100 fl. zu.

Karlsruhe, 3. Juni 1849.
Gemeinderath.
M a l l e h.